



Türkmen, Mehmet	UWG
<u>Ratsmitglieder GRÜNE</u>	
Kirkes, Christel	GRÜNE
Zander-Wörner, Kirsten	GRÜNE
<u>Ratsmitglieder DIE LINKE</u>	
Gumprich, Dieter	fraktionslos

### **Es fehlten entschuldigt:**

<u>Ratsmitglieder UWG</u>	
Abstoß, Christian	UWG

### Verwaltung:

Garn, Thomas  
Müller, Volker  
Schorde, Susanne  
Woywod, Simon

### Gäste:

Krug, Wolfgang, Schulleiter Gesamtschule Marienheide, zu TOP 7  
Falk, Thorsten, Aggerverband, zu TOP 1, nicht-öffentlicher Teil  
Freund, Martin, Wupperverband, zu TOP 1, nicht-öffentlicher Teil  
Klingebiel, Jens-Werner, Wupperverband, zu TOP 1, nicht-öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

### **Öffentliche Sitzung:**

<b>1</b>	<b>Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung</b>	
----------	---	--

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>2</b>	<b>Finanzzwischenbericht</b>	
----------	------------------------------	--

Kämmerer Woywod gibt anhand einer Power-Point-Präsentation sowie einer Tischvorlage einen aktuellen Finanzzwischenbericht.

Nachfragen stellen sich nicht.

<b>3</b>	<b>Ermächtigungsübertragungen 2016/2017</b>	Drucksache Nr. <b>BV/009/17</b>
----------	---	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt die Ermächtigungsübertragungen aus Mitteln des Haushaltsjahres 2016 in Höhe von 1.150.533,46 € für die Finanzrechnung nach 2017.	

<b>4</b>	<b>5. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Marienheide</b>	Drucksache Nr. <b>BV/035/17</b> <b>/1</b>
----------	--	---

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird die vorgeschlagene 5. Änderung der Hauptsatzung zu § 12 (Anlage 1) beschlossen.	

<b>5</b>	<b>1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Gemeinde Marienheide</b>	Drucksache Nr. <b>BV/032/17</b>
----------	---	------------------------------------

RM Jaeger bedankt sich für die CDU-Fraktion für die professionelle Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes durch Herrn Gemeindebrandinspektor Frank Hartkopf.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Brandschutzbedarfsplan der Gemeinde Marienheide wird in Form der 1. Fortschreibung beschlossen. Für die darin dargestellten notwendigen Investitionsmaßnahmen sind die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.	

<b>6</b>	<b>Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Marienheide</b>	Drucksache Nr. <b>BV/033/17</b>
----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Marienheide wird beschlossen.

<b>7</b>	<b>Schulschwimmen Gesamtschule Marienheide; Zusätzliche Schwimmzeiten</b>	Drucksache Nr. <b>BV/037/17</b>
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg spricht den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen an und erteilt Wolfgang Krug, Schulleiter der Gesamtschule Marienheide das Wort.

Er erläutert anhand des Kernlehrplanes nochmals die zwingende Notwendigkeit, allen Schüler/-innen der Gesamtschule Marienheide eine ausreichende Möglichkeit anzubieten, am Schwimmunterricht teilzunehmen. Er stellt das derzeitige Angebot des Schwimmunterrichts vor und beantwortet Fragen des Rates.

Zusätzlich wird auch der Schwimmunterricht in der Grundschule angesprochen.

Bürgermeister Meisenberg macht nochmals deutlich, dass die Kommunalaufsicht auf eine kürzlich erfolgte Anfrage mitgeteilt habe, dass erzielte Jahresüberschüsse dem Aufbau des Eigenkapitals und Abbau von Schulden diene und nicht zur Reduzierung der HSP-Maßnahmen oder Finanzierung neuer freiwilliger Leistungen verwendet werden sollen. Die Gemeinde müsse im Falle einer Ausweitung des Schulschwimmens den entstehenden Mehraufwand für jedes Jahr bis zum Ende des HSP-Zeitraumes kompensieren.

Der Rat diskutiert rege und regt an, dass im ABSS nochmals über das Angebot Grundschulschwimmen beraten werden solle.

Die Formulierung des Beschlussvorschlages wird diskutiert.

Verwaltungsseitig müsse bei der Landesregierung angefragt werden, ob das Schulschwimmen Pflichtaufgabe von Stärkungspaktkommunen sei, somit wäre das Schulschwimmen ein fester Bestandteil des Haushaltes und keine freiwillige Leistung.

Bürgermeister Meisenberg zieht Beschlussvorschlag 2. zunächst zurück und lässt über Beschlussvorschlag 1. **ohne ...vorbehaltlich der unter Ziffer 2 dargestellten Finanzierung**)... abstimmen.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
<p>1. Der Gesamtschule Marienheide wird ab dem 2. Schulhalbjahr des Schuljahres 2017/18 wieder (kostenpflichtiges) Schulschwimmen mit einem zeitlichen Umfang von ca. zwei Stunden je Schulwoche (incl. Transport und Umkleidezeiten) ermöglicht; der im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes vom 26.06.2012 zur Konsolidierungsmaßnahme 7 des Haushaltssanierungsplans (HSP) gefasste Ratsbeschluss, das Schulschwimmen nur im Primarbereich weiterzuführen, wird insoweit geändert.</p>	

<b>8</b>	<b>Anfragen</b>	
----------	-----------------	--

<b>8.1</b>	<b>Anfrage der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionen vom 25.04.2017, Anfrage gem. § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates zu den Vorwürfen der UWG-Fraktion vom 13.09.2016</b>	Drucksache Nr. <b>AN/043/17</b>
------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg beantwortet die Anfrage der drei Fraktionen, ob die UWG-Fraktion ihre Vorwürfe im Schreiben vom 13.09.2016, Ziffer 4, gegen ihn zwischenzeitlich widerrufen oder angekündigten Beweise mit einem klaren **Nein**.

Auf Nachfrage von RM Jaeger und RM Rittel, ob ein Gespräch stattgefunden habe, antwortet Bürgermeister Meisenberg: Ja, es habe am 07.02. ein Gespräch in sachlicher Atmosphäre mit RM Abstoß, RM Schellberg sowie Kämmerer Woywod und ihm stattgefunden. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass der UWG-Fraktion der Anschein eines Verhaltens ausreiche, um den Rücktritt des Bürgermeisters zu fordern. Beweise wurden nicht vorgelegt. Die Fraktion werde die Vorwürfe nicht weiter begründen.

Bürgermeister Meisenberg habe das Thema nach dem Gespräch nicht weiter verfolgt, sei aber sehr enttäuscht.

Ihm ist die sachliche Arbeit im Sinne der Bürgerschaft wichtiger, welche er mit den gewählten UWG-Ratsmitgliedern Schellberg und Türkmen auch beibehalten werde. Zum Verhalten des dritten Fraktionsmitgliedes wird er nichts Weiteres ausführen.

Zu dieser Anfrage erfolgt gem. § 19 Geschäftsordnung des Rates keine Aussprache.

<b>9</b>	<b>Anträge</b>	
----------	----------------	--

<b>9.1</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2017, Unterrichtung des Rates gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 GO NRW im Zuge des § 101 Abs. 1 Satz 1 GO NRW, Unterrichtung über alle Rechtsstreitigkeiten der Verwaltung</b>	Drucksache Nr. <b>AT/039/17</b>
------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg spricht das beigefügte Musterblatt an und teilt mit, dass die Verwaltung eine jährliche Unterrichtung vornehmen würde.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Die Verwaltung wird einmal jährlich den Haupt- und Finanzausschuss oder den Rechnungsprüfungsausschuss über alle Rechtsstreitigkeiten der Verwaltung im Verlaufe eines Kalenderjahres sowie deren Abschluss unterrichten. Bei entsprechender Notwendigkeit hat die Information unverzüglich zu verfolgen.

<b>9.2</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2017, Unterrichtung des Rates gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 GO NRW, Bauanträge</b>	Drucksache Nr. <b>AT/040/17</b>
------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Unterrichtung im nicht-öffentlichen Teil des BPU mit Angabe des Bauherrn möglich sei und lässt über den Antrag abstimmen.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt, kalendervierteljährlich den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss über Bauanträge im Gemeindegebiet zu unterrichten.	

<b>10</b>	<b>82. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 90 "Ehemaliges Betonmischwerk Holzwipper"; Aufstellungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/024/17</b>
-----------	--	------------------------------------

Keine Wortmeldungen.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: eine Gegenstimme
Es wird beschlossen, für den Flächennutzungsplan ein 82. Änderungsverfahren durchzuführen. Parallel hierzu wird der Bebauungsplan Nr. 90 „Ehemaliges Betonmischwerk Holzwipper“ zur Aktivierung der Brachfläche erarbeitet. Ziel der Bauleitplanung ist die Qualifizierung eines Gewerbegebietes. Die unterschiedlichen Geltungsbereiche der Bauleitplanungen gehen aus den beigefügten Anlagekarten hervor.	

<b>11</b>	<b>Entwidmung von Friedhofsflächen</b>	Drucksache Nr. <b>BV/019/17</b>
-----------	--	------------------------------------

Offene Fragen werden verwaltungsseitig geklärt.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt, die in den Anlagen gekennzeichneten Friedhofsvorhalteflächen auf dem Friedhof Hermannsberg und auf dem Friedhof Müllerbach, zu entwidmen.	

<b>12</b>	<b>Schließung von Friedhofsteilen</b>	Drucksache Nr. <b>BV/021/17</b>
-----------	---------------------------------------	------------------------------------

Keine Wortmeldungen.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt, die vorgenannten Grabfelder des Friedhofes Müllerbach, außer Dienst zu stellen und somit eine Teilfläche des Friedhofs zu schließen.	

<b>13</b>	<b>Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit den letzten Sitzungen am 22.11.2016, 14.12.2016 und 31.01.2017</b>	Drucksache Nr. <b>IV/015/17</b>
-----------	---	------------------------------------

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<b>14</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	Drucksache Nr.
-----------	---------------------------------------	----------------

#### Wahlbenachrichtigung

RM Wottrich habe vermehrt von fehlenden Wahlbenachrichtigungskarten gehört und erkundigt sich, ob dies bekannt sei.

Herr Garn teilt mit, dass dies bekannt und wahrscheinlich auf einen Fehler bei der Postzustellung zurückzuführen sei. Eine Nachfrage bei der Civitec habe ergeben, dass bei weiteren Kommunen derartige Probleme nicht bekannt seien. Betroffenen wurde verwaltungsseitig erklärt, dass sie für die Wahl lediglich einen Personalausweis vorlegen müssen und eine Wahlbenachrichtigung nicht zwingend erforderlich sei.

### Kolumbarien

RM Wottrich erkundigt sich nach der Aufstellung der Kolumbarien.

Herr Müller teilt mit, dass die Kolumbarien bereits angeschafft worden seien und in der alten Friedhofsgärtnerei gelagert werden.

Geplant sei, diese in Friedhofshalle aufzustellen.

### Breitbandausbau

RM Schellberg erkundigt sich, ob aus dem Fördermitteltopf auch eine Bezuschussung für den Breitbandausbau in den Orten Eiringhausen und Siemerkusen möglich wäre.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass dies nicht möglich sein, da für diese Orte ein privater Netzanbieter den Ausbau plane und erwähnt die Vorgehensweise in der Müllenbacher Breitbandinitiative, bei welcher die Einwohner den Netzausbau in Eigenleistung finanziert haben.

RM Schellberg fragt ebenfalls nach der Besetzung der IHK Lenkungsgruppe sowie der Verwendung des Liquidationserlöses vom Gemeindefortschrittsverband.

Bürgermeister Meisenberg weist daraufhin, dass diese Beratungen für „Mitteilungen und Verschiedenes“ im nicht-öffentlichen Teil geplant seien.

Des Weiteren teilt RM Schellberg an, dass der UWG ein Papier zu Händen gekommen sei, welches Zweifel an der eidesstaatlichen Versicherung von RM Jaeger zulässt. Er spricht die eidesstattliche Versicherung an, welcher RM Jaeger im Zusammenhang mit seiner Arbeit im Rat sowie gleichzeitiger Tätigkeit als Rechtsanwalt hinsichtlich des Objektes „Waldhotel“ an der Brucher Talsperre abgegeben habe. RM Schellberg wird daher demnächst einen Antrag stellen und um Akteneinsicht bitten.

RM Rittel erkundigt sich nach dem Breitbandausbau in Müllenbach und fragt, ob es richtig sei, dass die vertragliche MB-Leistung nicht erfüllt würde und bei Nichterfüllung Vertragsbruch durch die Telekom vorliegt.

Verwaltungsseitig wird dies bejaht. Derzeit läuft für dieses Problem eine Anfrage bei der Telekom. Sobald eine Antwort der Telekom vorliegt, wird verwaltungsseitig berichtet.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.  
Stefan Meisenberg  
Bürgermeister

gez.  
Susanne Schorde